

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Tino Chrupalla, Armin-Paulus Hampel,
Dr. Roland Hartwig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/6298 –**

Hintergründe und Auswirkungen von Massenmigration

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach Auffassung der Fragesteller vermeidet die Bundesregierung die offene und umfassende Auseinandersetzung mit den Hintergründen und negativen Folgen ihrer Migrationspolitik. Ebenso vermeidet die Bundesregierung nach Auffassung der Fragesteller die Offenlegung ihrer zugrunde liegenden weltanschaulichen Überzeugungen und Motive. Um die nach Auffassung der Fragesteller bestehende gegenwärtige Spaltung der Gesellschaft zu überwinden, bitten die Fragesteller die Bundesregierung um Klärung grundlegender Fragen.

1. Welche Verträge mit externen Beratern hat die Bundesregierung bezüglich der „Flüchtlingskrise“ abgeschlossen (bitte nach Name des Beratungsunternehmens, Bearbeitungszeitraum, Titel und Ziel des Auftrags und Honorar aufschlüsseln)?

Die Antwort ist aus der als Anlage 1 beigefügten Tabelle zu entnehmen. Darüber hinaus wurden keine solchen Verträge abgeschlossen.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 4 und 8 auf Bundestagsdrucksache 19/1949 verwiesen.

2. Hat sich die Bundesregierung mit der Frage befasst, ob es sich bei den Flüchtlingsströmen um ein gegen Deutschland bzw. Europa gerichtetes geopolitisches Druckmittel handeln könnte („Coercive engineered migration“, vgl. Kelly Greenhill, Weapons of Mass Migration, Cornell University Press, 2010)?

Wenn ja, welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung gewonnen?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung sieht hierfür keinerlei Anhaltspunkte. Ursachen für Flucht und irreguläre Migration sind insbesondere Krieg, Gewalt, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen, politische und wirtschaftliche Krisen sowie mangelnde sozioökonomische Perspektiven in Herkunfts- und z. T. auch den Transitstaaten.

Die Bundesregierung verfolgt daher das Ziel, gegen diese Ursachen gezielt vorzugehen und dazu beizutragen, dass die Lebensbedingungen und Perspektiven in den Herkunfts- und Transitstaaten verbessert werden.

3. Welches Verständnis von Ethnien, Völkern, Kulturen, Brauchtum und Sprachgemeinschaften pflegt die Bundesregierung, und welche Bedeutung misst sie dem Erhalt derselben bei?

Die Bundesregierung sieht kulturelle Förderung sowie den Schutz und die Pflege von regionalen Traditionen sowie von Sprache und Mundart als sinnvolle Ziele an, für die insbesondere jedes Land selbständig zuständig ist, zu denen es aber auch Fördermaßnahmen des Bundes gibt. Im Übrigen sieht sich die Bundesregierung einer offenen Gesellschaft verpflichtet.

Ethnische Herkunft oder Religionszugehörigkeit können nach dem Verständnis der Bundesregierung zwar Gegenstand des Minderheitenschutzes und ihm dienender staatlicher Politik sein, nicht aber Anknüpfungspunkt ungerechtfertigter rechtlicher oder politischer Differenzierung. Das Diskriminierungsverbot von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes und die völkerrechtlichen und unionsrechtlichen Vorgaben sind insoweit der entscheidende Maßstab.

4. Geht die Bundesregierung davon aus, dass es eine deutsche Ethnie gibt (vgl. „ethnic Germans“ im englischen Sprachgebrauch; siehe auch die Auflistung ethnischer Gruppen im CIA World Factbook unter www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2075.html)?

Wenn ja, welche Bedeutung misst die Bundesregierung dem Schutz und Erhalt derselben bei?

Mit welchen Maßnahmen, Programmen und Initiativen werden diese sichergestellt?

Das Grundgesetz verwendet in Artikel 16 und 116 den Begriff des „Deutschen“. Auf die Antwort zu Frage 3 wird insoweit verwiesen.

5. Wie verhält sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der „Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration“ zum Selbstbestimmungsrecht der Völker (bitte möglichst detaillierte Stellungnahme abgeben)?

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird durch den Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration nicht berührt.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 19/5394 verwiesen.

6. Welche geopolitische Gesamtstrategie verfolgt die Bundesregierung mit ihrer gegenwärtigen Migrationspolitik?

Die politische Gesamtstrategie der Bundesregierung zielt darauf, Migration zu steuern und zu ordnen und illegale Migration zu reduzieren. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Titel und Ziel des jeweiligen Auftrages	Laufzeit	Name des Auftragnehmers/ keine Zustimmung zur Namensnennung ¹	Vertrags- volumen in €
Rückkehr: Prozessdarstellung und Aufzeigen von Optimierungsmöglichkeiten			1.855.686
Strategische Beratung der Leitung zur Entwicklung eines nachhaltigen Geschäftsmodells			1.450.610
Erarbeitung der Neustrukturierung der Aufgaben im Bereich der Integration			421.498
Rahmenvertrag B 13.10 - 9009/16/VV:2 BeschA (Auftraggeberin), BAMF (Bedarfsträger) bisherige Leistungsabrufe:	12/2016 – 09/2018 ²	McKinsey & Company, Inc.	
Entwicklung Multiprojektsteuerung für die Maßnahmen des Beauftragten für Flüchtlingsmanagement sowie Sicherstellung der Kohärenz zu Maßnahmen des BAMF			361.284
Integriertes Rückkehrmanagement			1.149.540
Unterstützung Aufbau- und Ablauforganisation im Bereich Sicherheit			925.106
Frühzeitige Rückkehrberatung in den Ankunftszentren			892.262
Integration Umstellung Zulassung/Vergabe			1.160.488
Pilotierung Asylzentrum			1.538.194
Unterstützung des Landes NRW bei der Optimierung der Rückkehrorganisation			539.189
Unterstützung bei der erweiterten Pilotierung und Finalisierung des Konzeptes für einen neuen Zusteuerungsprozess			339.388
Unterstützung bei der Implementierung des Konzeptes für einen neuen Zusteuerungsprozess an 15 weiteren Pilot-Standorten			284.648
Workshop „Bildungsmonitor“			109.480
Multiprojektsteuerung			416.024
Entwicklung eines systematischen Qualitätssicherungskonzeptes			684.250
Schnittstelle effektive Rückkehr			684.250
Strategische Beratung der Gruppe Sicherheit			957.950
Unterstützung bei der Umsetzung einer neuen Aufbauorganisation			821.100
Optimierung der Abteilung 1 und Unterstützung in selektiven Themenbereichen			821.100
Optimierte Integrationskurszusteuerung			903.210
Strategische Beratung der Leitung			5.129.138
Strategische Beratung der Weiterentwicklung und Unterstützung bei der Umsetzung des systematischen Qualitätssicherungskonzeptes			821.100

² Rahmenvertragsabrufe für Leistungen der McKinsey & Company, Inc. finden seit dem 30.09.2018 aufgrund einer entsprechenden Leitungsentscheidung nicht mehr statt. Der Mc-Kinsey-Rahmenvertrag hat eine Laufzeit bis Ende 2020.

Titel und Ziel des jeweiligen Auftrages	Laufzeit	Name des Auftragnehmers/ keine Zustimmung zur Namensnennung¹	Vertrags- volumen in €
Vertrag 120-5240 des BAMF Leistungsabruf zum Multiprojektcontrolling	01/2016 – 06/2016	Ernst & Young GmbH	1.294.720
Vertrag 120-5240 des BAMF Leistungsabruf zum Projektcontrolling EI	01/2016 – 06/2016	Ernst & Young GmbH	254.898
Vertrag 120-5240 des BAMF Integration einer zentralen Steuerungsdatei	01/2016 – 06/2016	Ernst & Young GmbH	343.910
Vertrag 125-5780-BAMF/EY_ZSD des BAMF Laufzeit: Leistungsabruf zur Integration einer zentralen Steuerungsdatei (ZSD)	08/2016 – 10/2016	Ernst & Young GmbH	394.890
Rahmenvertrag 118-0001-16 des BAMF bisherige Leistungsabrufe: Integration einer zentralen Steuerungsdatei (ZSD)	10/2016 – 06/2017	Ernst & Young GmbH	614.992
Werkvertrag 324-9412-15-02 des BAMF Leistungsabruf zur Evaluierung der Zusammenarbeit der Jugendmigrationsdienste und der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (JMD-MBE)	10/2015 – 10/2016	INTERVAL GmbH	100.000
Honorarvertrag Beauftragter des Bundesinnenministerium für Integriertes Flüchtlingsmanagement des BAMF Leistungsabruf zur Beratung der Bundesregierung in Fragen des Integrierten Flüchtlingsmanagements	01/2017 – 12/2017	Dr. h.c. Frank-J. Weise	83.300
Rahmenvertrag IN2-5781 des BAMF bisherige Leistungsabrufe: Schnittstelle BAMF – Gerichte, Videodolmetscher Schnittstelle BAMF – Gerichte und Dokumentenlogistik; Optimierung des Aufbaus und der Koordination von Dolmetscherkapazitäten	11/2015 – 06/2016	keine Zustimmung zur Namensnennung	869.652 2.876.968 363.664
Vertrag 715-956.5841-16 des BAMF Leistungsabruf zur Anbindung der elektronischen Gerichtskommunikation an MARiS	09/2016 – 12/2016	keine Zustimmung zur Namensnennung	469.883
Rahmenvereinbarung B 12.15-9107/15/VV:1 BeschA (Auftraggeberin), BAMF (Bedarfsträger) Leistungsabruf zur Entwicklung eines Kompetenzsystems für Führungskräfte sowie Durchführung von Kompetenzanalysen	02/2016 – 02/2018	Kienbaum Consultants International GmbH	437.920
Vertrag 1213-16-47561 des BAMF Leistungsabruf zur Neu- und Weiterentwicklung der Controlling-Kernprozesse	12/2016 – 12/2019	keine Zustimmung zur Namensnennung	1.401.939
Vertrag BA 9002/15 des BeschA/BAMF Leistungsabruf zur Evaluierung der niederschweligen Frauenkurse	10/2015 – 10/2016	keine Zustimmung zur Namensnennung	104.819
Vertrag 314-125-70023/2017 des BAMF Leistungsabruf zur Erstellung eines Umsetzungskonzeptes zu den Ergebnissen der Evaluierung der niederschweligen Frauenkurse	03/2017 – 11/2017	keine Zustimmung zur Namensnennung	58.548

Titel und Ziel des jeweiligen Auftrages	Laufzeit	Name des Auftragnehmers/ keine Zustimmung zur Namensnennung¹	Vertrags- volumen in €
Rahmenvertrag über Organisations- und Prozessberatung 20404 des BVA, BAMF (Bedarfsträger) Leistungsabruf zur strategische Personalbedarfsermittlung und Voruntersuchung für eine Organisationsuntersuchung der Gesamtbehörde	03/2018 – 12/2018	keine Zustimmung zur Namensnennung	292.264
Rahmenvertrag über Organisations- und Prozessberatung 20404 des BVA, BAMF (Bedarfsträger) Leistungsabruf zum Aufbau einer Geschäftsstelle Digitalisierung des Asylverfahrens (GSDAS)	06/2018 – 12/2018	keine Zustimmung zur Namensnennung	369.685
Honorarvertrag zur Unterstützung bei Spezialfragen im Bereich Dokumentenprüfung	03/2018 – 09/2019	keine Zustimmung zur Namensnennung	Nach Aufwand
Honorarvertrag zur Unterstützung bei Spezialfragen im Bereich Physikalisch-Technische Urkundenuntersuchung (PTU)	01/2018 – 12/2018	P. Radovanovic	Nach Aufwand
Honorarvertrag zur Unterstützung beim Warteraum Erding	11/2017 – 12/2018	V. Grönhagen	Nach Aufwand
Honorarvertrag zur Unterstützung beim Entscheidungszentrum West	12/2017 – 12/2018	keine Zustimmung zur Namensnennung	Nach Aufwand
Honorarvertrag zur Unterstützung beim Europäischen Sozialfonds (ESF)	08/2017 – 06/2018	R. Fresz	Nach Aufwand
Honorarvertrag zur Unterstützung beim Europäischen Sozialfonds (ESF)	07/2018 – 06/2019	R. Fresz	Nach Aufwand
Honorarvertrag zur Unterstützung einer interbehördlichen Vernetzung	11/2017 – 12/2018	keine Zustimmung zur Namensnennung	Nach Aufwand
Honorarvertrag zur Unterstützung bei Vergaberechtsfragen im Integrationsbereich	04/2017 – 09/2017	H. Keck	Nach Aufwand
Honorarvertrag zur Unterstützung bei Vergaberechtsfragen im Integrationsbereich	10/2017 – 12/2018	H. Keck	Nach Aufwand
Honorarvertrag zur Unterstützung bei Spezialfragen im Sicherheitsbereich (Integriertes Flüchtlingsmanagement)	04/2017 – 11/2017	G. Schindler	Nach Aufwand

